



Beschluss der Regionskonferenz am 01.03.2025

Thema: Systemwechsel in der sozialen Daseinsvorsorge

Die Regionskonferenz beschließt:

Art, Umfang, Inhalte und Finanzierung der sozialen Daseinsvorsorge müssen politisch gesteuert werden und dürfen nicht Gegenstand einer Marktwirtschaft sein.

Der AWO Regionalverband fordert den AWO Bezirksverband und den AWO Bundesverband auf, sich diesbezüglich landes- und bundespolitisch für einen Systemwechsel in der sozialen Daseinsvorsorge einzusetzen und insbesondere darauf hinzuwirken, dass

1. Der über die derzeitige Ausgestaltung von Ausschreibungen geförderte Preiswettbewerb von Anbietern sozialer Dienstleistungen gestoppt wird.
2. Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge nicht an gewerbliche Anbieter übertragen werden.
3. Angebote der sozialen Daseinsvorsorge unter den tariflichen Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes auskömmlich finanziert werden.
4. Bei der Vergabe von Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge kein Einbringen von Eigenanteilen der Leistungsanbieter gefordert wird.
5. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege ihrer Rolle als Mitbegründer des Sozialstaates entsprechend wieder als natürliche Partner des Staates in Fragen der sozialen Daseinsvorsorge verstanden werden.

Begründung

In den vergangenen Jahrzehnten ist die soziale Daseinsvorsorge zunehmend den Mechanismen der Marktwirtschaft unterworfen worden. Politik und Verwaltung versprachen sich hiervon positive Entwicklungen hinsichtlich Kosten und Qualität.

Tatsächlich wurden hierdurch einerseits prekäre Verhältnisse für Anbieter und Mitarbeiter*innen gefördert. In den wettbewerbsintensiven Feldern wie der Pflege oder auch der Berufshilfe lassen sich die negativen Folgen für die Arbeitsrahmenbedingungen, die Qualität der Angebote und letztendlich die Fachkräftegewinnung über die Jahrzehnte gut nachvollziehen. Angebote der grundständigen Beratung oder

Quartiersprojekte bleiben auch bei Anerkennung von Tarifgehaltern prekär, wenn sie insgesamt bei weitem nicht kostendeckend refinanziert werden.

Andererseits wurde durch die Anwendung der Mechanismen der freien Marktwirtschaft auf die soziale Daseinsvorsorge den negativen Begleiterscheinungen des Kapitalismus wie moralisch fragwürdige Handlungen, Nutzen von rechtlichen Lücken zur Vorteilsmehrung und Gier auch in diesem Feld Tür und Tor geöffnet.

In der sozialen Daseinsvorsorge einerseits Mechanismen der Marktwirtschaft anwenden zu wollen, Preiswettkampf und Wachstum als Überlebensnotwendigkeit mit allen Risiken für die verantwortlich handelnden Personen zu fördern und von den selben Personen gleichzeitig die moralische staatstragende Integrität von Beamten und ausschließliche Verpflichtung dem Gemeinwohl gegenüber zu verlangen, birgt einen offensichtlich zu häufig nicht aufzulösenden Zielkonflikt in sich.

Daher fordern wir eine stärkere Regulierung und gleichzeitig Absicherung der Angebote in der sozialen Daseinsvorsorge. Wenn sich die Gesellschaft politisch über Art, Umfang, Inhalte und Finanzierung der Angebote verständigt und die Anbieter in einem vorgegebenen, entsprechend dem öffentlichen Dienst auskömmlichen und gleichzeitig begrenzten Rahmen beauftragt, können prekäre Entwicklungen auf der einen Seite und Auswüchse mit Bereicherungen und moralisch fragwürdigem Verhalten mindestens sehr stark eingedämmt werden. Zudem würden wir eine höhere Transparenz über die Verwendung von Mitteln der Steuerzahler und der Sozialversicherungsträger erreichen, ebenso wie letztendlich auch eine stärkere Anbindung der Angebote der sozialen Daseinsvorsorge an den öffentlichen Dienst.

Adressat

Bezirkskonferenz zur Beauftragung des Präsidiums und zur Weiterleitung an die Bundeskonferenz.